

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Europaangelegenheiten, Entwicklungspolitik
und Verbraucherschutz

zu dem

Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Taten statt Worte - Lebensmittelverschwendung wirksam eindämmen!

- Drucksache 6/831, Neudruck -

sowie zu dem

Änderungsantrag des Abgeordneten Vida (BVB / FREIE WÄHLER Gruppe)

- Drucksache 6/1276 -

Berichtersteller: Abgeordneter Michael Jungclaus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Beschlussempfehlung:

1. Der Landtag möge den Antrag in der durch den Ausschuss für Europaangelegenheiten, Entwicklungspolitik und Verbraucherschutz beschlossenen Fassung annehmen.
2. Dem Landtag wird empfohlen, den Änderungsantrag des Abgeordneten Vida (BVB / FREIE WÄHLER Gruppe) - Drucksache 6/1276 - abzulehnen.

Datum des Eingangs: 16.11.2015 / Ausgegeben: 16.11.2015

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Europaangelegenheiten, Entwicklungspolitik und Verbraucherschutz:**„Lebensmittelverschwendung wirksam eindämmen**

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. sich weiterhin auf Bundesebene für die Umsetzung der Beschlüsse des Deutschen Bundestages vom 18.10.2012 (Ds. 17/10987) und der Verbraucherschutzministerkonferenz am 8.5.2015 einzusetzen, um wirkungsvolle Maßnahmen für die gesamte Wertschöpfungskette umzusetzen. Ziel ist unter anderem die Erarbeitung einer Bundesstrategie zur Vermeidung von Lebensmittelabfällen mit verbindlichen Regelungen, die Vereinbarung von branchenspezifischen Zielmarken und die Fortsetzung und Intensivierung von Informationskampagnen inklusive Ideenwettbewerb.
2. bei der Fortschreibung der Verbraucherpolitischen Strategie des Landes Brandenburg das Thema Reduzierung von Lebensmittelverlusten aufzunehmen und konkrete Ziele und Maßnahmen zu benennen.
3. das Thema Lebensmittelverschwendung bei der Verbraucherbildung in und außerhalb der Schule stärker zu berücksichtigen und dafür konkrete Vorschläge unter Mitwirkung des Arbeitskreises Verbraucherbildung zu unterbreiten.
4. eine Arbeitsgruppe aus Vertretern von Schulträgern, Unternehmensverbänden und Verbraucherverbänden einzurichten, um Maßnahmen gegen Lebensmittelverluste bei der Schulverpflegung zu erarbeiten und ihre Umsetzung zu befördern.
5. bei öffentlichen Ausschreibungen des Landes für Catering den sparsamen Umgang mit Lebensmitteln zu berücksichtigen.
6. die regionale Verarbeitung und Vermarktung konventionell und ökologisch hergestellter Agrarprodukte stärker als bislang zu unterstützen.

Dem zuständigen Fachausschuss soll im 1. Quartal 2017 zum Stand der Umsetzung berichtet werden.“

Bericht:**A. Allgemeines**

Der Landtag Brandenburg hat den Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Taten statt Worte - Lebensmittelverschwendung wirksam eindämmen!“ (Drucksache 6/831, Neudruck) in seiner 10. Sitzung am 29. April 2015 an den Ausschuss für Europaangelegenheiten, Entwicklungspolitik und Verbraucherschutz überwiesen. Der hierzu im Landtag gestellte Änderungsantrag des Abgeordneten Vida (BVB / FREIE WÄHLER Gruppe) - Drucksache 6/1276 - wurde gemäß § 48 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Landtages Brandenburg ebenfalls überwiesen.

Der Ausschuss für Europaangelegenheiten, Entwicklungspolitik und Verbraucherschutz befasste sich mit dem Antrag in seiner 7. Sitzung am 3. Juni 2015, in seiner 9. Sitzung am 16. September 2015 sowie abschließend in seiner 11. Sitzung am 11. November 2015.

B. Beratung

Mit dem Antrag wird das Ziel verfolgt, die Lebensmittelverschwendung durch verschiedene Maßnahmen zu verringern. Die Landesregierung soll unter anderem eine Datenbank mit erfolgreichen Praxisbeispielen aus der Lebensmittelkette aufbauen und auf Landesebene im Rahmen einer Arbeitsgruppe mit Beteiligung aller wesentlichen Handelnden der Wertschöpfungskette Möglichkeiten zur Eindämmung des Problems erarbeiten. Das Thema soll in der Verbraucherministerkonferenz aufgegriffen werden, damit dort länderübergreifende Lösungsansätze erarbeitet werden. Das Bewusstsein für den Wert von Lebensmitteln zu verdeutlichen und auf das Problem hinzuweisen stellt sowohl eine Aufgabe der gesamten Gesellschaft als auch eine Herausforderung für die Politik dar. Das Land Brandenburg mit seinen zahlreichen landwirtschaftlichen Betrieben trägt hier, so der Antrag, eine entsprechende Verantwortung.

Der Ausschuss für Europaangelegenheiten, Entwicklungspolitik und Verbraucherschutz beschloss in seiner 7. Sitzung am 3. Juni 2015 einstimmig, in der 9. Sitzung am 16. September 2015 eine öffentliche Anhörung zu dem Antrag (Drucksache 6/831, Neudruck) und dem Änderungsantrag (Drucksache 6/1276) durchzuführen. Vertreterinnen und Vertreter der Vernetzungsstelle Schulverpflegung Brandenburg, von pro agro - Verband zur Förderung des ländlichen Raumes in der Region Brandenburg-Berlin e. V., der Verbraucherzentrale Brandenburg e. V., dem BDE Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft e. V. sowie der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz wurden hierzu eingeladen und nahmen die Gelegenheit wahr, ihre jeweiligen Positionen zu den Anträgen auch anhand eines Fragenkatalogs der Fraktionen darzulegen. In der anschließenden Diskussion konnten von den Abgeordneten einige Punkte der Ausführungen und vorliegenden Stellungnahmen hinterfragt sowie inhaltlich vertieft werden.

Die Bildung einer Arbeitsgruppe wurde von den Vertreterinnen und Vertretern der Vernetzungsstelle Schulverpflegung Brandenburg, der Verbraucherzentrale Brandenburg e. V. sowie der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Ober-

lausitz begrüßt. Diese brauche aus Sicht der Vertreterin der Verbraucherzentrale Brandenburg e. V. einen klaren Auftrag und eindeutige Zielstellungen, um auf Basis bestehender Studien und Erfahrungen anderer Bundesländer realisierbare Lösungen zu finden.

Fast alle Anzuhörende betonten, dass die Themen Ernährung und Lebensmittelverschwendung in die Lehrpläne der Schul- und Berufsbildung aufgenommen werden sollten.

Die Vertreterin der Vernetzungsstelle Schulverpflegung Brandenburg nannte mehrere Gründe für die große Menge an weggeworfenen Lebensmitteln an Brandenburger Schulen: Das seien zum einen die schlechte Qualität, die kurzen Mittagspausen sowie die kaum oder gar nicht vorhandene pädagogische Begleitung für jüngere Kinder in Bezug auf das Thema Lebensmittel. Als mögliche Lösungsansätze wurden unter anderem eine vertragliche Vereinbarung zur Qualität und deren Kontrolle in den Schulen sowie eine Anpassung der Pausenlängen genannt. Eine Mensa AG könnte zur Qualitäts- und Akzeptanzsteigerung des Essens beitragen. Über einen Wettbewerb könnten gute Praxisbeispiele für eine bessere Schulverpflegung ermittelt werden. Ein Kümmerer könnte die Kontakte zwischen den Caterern und den kleinen Betrieben in der Region herstellen und Verarbeitungswege schaffen, damit mehr Frischkost in kleineren Betrieben zur Verfügung stehe. Bei Buffetsystemen und Frischküchen sei die Erfahrung, dass weniger weggeworfen werde. Beides sei eine Kostenfrage.

Der Vertreter von pro agro e. V. führte aus, dass der Verkauf von Lebensmitteln zu einem angemessenen Preis die Verschwendung verringern würde, da dann der Kunde nur das kaufe, was er wirklich benötige. Die Einführung eines Labels „Zu verkaufen bis“ sollte überlegt werden. Die neue Angabe müsste kurz über der Mindesthaltbarkeit liegen, denn dann könne das Produkt rechtzeitig einer Verwendung zugeführt werden. Privathaushalte müssten entsprechend darüber informiert werden. Ein Problem seien die hohen Standards. Manche Produkte würden entsorgt, bevor sie in der Verpackung landeten, weil sie nicht in diese passen würden. Die Standards erschwerten auch die Direktvermarktung. Ein Problem sei die zentrale Lagerung der Lebensmittel durch den Handel, wodurch Waren zum Teil zu lange transportiert würden, worunter die Qualität leide. Es sei schwierig, regionale Kreisläufe zu realisieren, auch aufgrund der Standards bei der Schlachtung und der Fleischbeschau. Die Ware werde dadurch teurer als im Laden. B-Ware bei Gemüse sollte mit abnehmender Frische günstiger werden.

Die Vertreterin der Verbraucherzentrale Brandenburg e. V. erklärte, dass die Verbraucherzentrale auf Messen die Wertschätzung von Lebensmitteln vermitteln würde, damit die Kunden diese bewusster einkaufen würden. Als mögliche Handlungsansätze wurden die Förderung regionaler Verwertungskonzepte, verschiedene Verpackungsgrößen, weniger aggressive Werbung, die zu Hamsterkäufen anrege, sowie die Zulassung des Verkaufs von B-Ware bei Obst und Gemüse im Einzelhandel genannt. Zum in Frankreich geltenden Gesetz, wonach der Großhandel keine abgelauene Ware wegwerfen dürfe, sagte die Vertreterin, dass diese nicht nur zum Verzehr, sondern auch für die Energieerzeugung, als Futtermittel oder Dünger genutzt werden könnte. Der Verbraucher könnte seinen Beitrag leisten, indem er bedarfsgerecht einkaufe, Informationen zur Aufbewahrung beachte, kreative Resteküche ausprobiere und die Bedeutung des Mindesthaltbarkeitsdatums kenne.

Der Vertreter der Evangelischen Kirche sprach sich dafür aus, dass Anreize für die regionale Verarbeitung und Vermarktung von Agrarprodukten spezifiziert werden sollten. Man sollte von den Erfahrungen aus anderen Staaten wie der Schweiz oder Frankreich lernen. In der Schweiz gebe es etwa neben dem Mindesthaltbarkeitsdatum auch ein Mindestverkaufsdatum. Beim Verbraucher sollte das Bewusstsein von der Kostbarkeit von Lebensmitteln gefördert werden. Dies fördere den sorgsamsten Umgang mit diesen. Der wachsenden Entfremdung der meisten Menschen von der Nahrungsmittelerzeugung sollte begegnet werden, indem diese in direktem Kontakt mit der Herstellung von Lebensmitteln gebracht würden. Gut informierte Verbraucher wüssten die Nahrung zu schätzen und würden weniger wegwerfen. Die sich in jedem Konsumenten abspielenden Entscheidungen, Lebensmittel wegzwerfen oder nicht, könnten nur indirekt befördert werden. Um der Gefahr der ungenügenden Berücksichtigung zu begegnen, sollten diese entsprechend im Antrag berücksichtigt werden.

Der Vertreter des BDE Bundesverbands der Deutschen Entsorgungs-, Wasser-, und Rohstoffwirtschaft e. V. stellte fest, dass nicht alle Abfälle vermeidbar seien. Lebensmittelabfälle sollten unbedingt vermieden werden. Dieser plädierte für eine möglichst hochwertige Verwertung dieser unvermeidbaren Abfälle mittels Recycling, bei dem diese mittels eines bürgernahen und bürgerfreundlichen flächendeckenden Getrennterfassungssystems in den Wertstoffkreislauf zurückgeführt würden. Die Information über das Sammel- und Sortierverhalten könne bereits etwa mittels eines Films in der Schule ansetzen. Dies sei Aufgabe des öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers.

Nachdem der Ausschuss für Europaangelegenheiten, Entwicklungspolitik und Verbraucherschutz die Verschiebung der abschließenden Beratung des Antrags in der 10. Sitzung am 7. Oktober 2015 bei zwei Gegenstimmen mehrheitlich (8 : 2 : 0) auf die nächste Sitzung beschloss, erarbeitete er seine Beschlussempfehlung an den Landtag in der 11. Sitzung am 11. November 2015. Hierzu lagen dem Ausschuss außerdem der durch den Landtag überwiesene Änderungsantrag des Abgeordneten Vida (BVB / FREIE WÄHLER Gruppe) - Drucksache 6/1276 - sowie ein Beschlussvorschlag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (vgl. Anlage) vor.

Die CDU-Fraktion bedankte sich, dass ein fraktionsübergreifender Beschlussvorschlag zustande gekommen sei. Sie bat darum, dass der Tagesordnungspunkt und die Beschlussempfehlung des Ausschusses im Landtag debattiert würden.

Die Fraktion DIE LINKE schloss sich dem Dank an, dass vier Fraktionen eine gemeinsame Position gefunden hätten.

Die Gruppe BVB / FREIE WÄHLER merkte kritisch an, dass sie erst sieben Monate nach Überweisung des Antrags - ohne Debatte - an den Ausschuss die Möglichkeit erhalte, ihren Änderungsantrag zu begründen. Der Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN schlage sehr konkrete Maßnahmen vor. Dieses sei zustimmungsfähig. Durch den Änderungsantrag habe die Gruppe darauf hingewiesen, dass zwei Drittel der Lebensmittelverschwendung in den Privathaushalten erfolge. Darum sei insbesondere im ethischen Bereich und Bildungsbereich sehr viel zu tun, um das Bewusstsein dafür zu schärfen. Die Anhörung habe bestätigt, dass dies ein vernünftiger Ansatz sei. In dem vorliegenden Beschlussvorschlag sei ein

Ideenwettbewerb enthalten, der keine konkreten Maßnahmen nach sich ziehe. Es seien sieben Monate Zeit gewesen, um Maßnahmen zu entwickeln. Die Gruppe glaube nicht, dass ein Arbeitskreis andere Aspekte oder andere Fachverbände einbeziehen würde, als wie bereits bei der Anhörung geschehen sei. Die Gruppe kritisierte weiterhin den sehr späten Zeitpunkt für die Berichterstattung an den Fachausschuss. Damit würden erst zweieinhalb Jahre nach Einbringung des Antrags in den Landtag konkrete Maßnahmen abgeleitet, obwohl bei der Bildung ein Konsens bestehe, dass dort mehr getan werden müsse. Bereits jetzt lasse sich ein Ergebnis der Arbeitsgruppe prognostizieren, dass in der Schulbildung, im LER-Unterricht, mehr zu tun sei. Die perspektivischen Handlungsmaßnahmen in dem Beschlussvorschlag seien richtig. Der Ausschuss sollte die Annahme des Änderungsantrags durch den Landtag empfehlen, da er inhaltlich konsensfähig sei und als konkrete, zeitnah umsetzbare Maßnahme beschlossen werden könnte.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erklärte, dass nach ihren Informationen das Thema nicht erst in die Rahmenlehrpläne eingearbeitet werde, wenn die Arbeitsgruppe ihre Resultate veröffentliche. Im Übrigen sei es nicht mehr Stand der Wissenschaft, dass zwei Drittel aller Lebensmittel in den Privathaushalten weggeworfen würden. Der Arbeitsgruppe werde viel Zeit gelassen, damit sie einen umfangreichen Bericht mit Ergebnissen erstellen könne.

Die Fraktion DIE LINKE wies darauf hin, dass die Landesregierung über die gesamte Arbeit berichten werde und nicht nur über die der Arbeitsgruppe.

Bei der abschließenden Abstimmung lehnte der Ausschuss den Änderungsantrag des Abgeordneten Vida (BVB / FREIE WÄHLER Gruppe) mit neun Gegenstimmen bei einer Enthaltung einstimmig (0 : 9 : 1) ab. Der Ausschuss stimmte einstimmig mit neun Ja-Stimmen bei einer Enthaltung (9 : 0 : 1) für den Beschlussvorschlag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Im Ergebnis beschloss der Ausschuss für Europaangelegenheiten, Entwicklungspolitik und Verbraucherschutz somit, dem Landtag die Annahme des Antrags der CDU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 6/831, Neudruck) in der von ihm beschlossenen Fassung sowie die Ablehnung des Änderungsantrags des Abgeordneten Vida (BVB / FREIE WÄHLER Gruppe) - Drucksache 6/1276 - zu empfehlen.

Michael Jungclaus
Berichterstatter und stellv. Vorsitzender
des Ausschusses für Europaangelegenheiten,
Entwicklungspolitik und Verbraucherschutz

Anlage

Beschlussvorschlag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 11. November 2015



Anlage

DIE LINKE.
Fraktion im Landtag Brandenburg



CDU FRAKTION IM LANDTAG
BRANDENBURG



Ausschuss für Europaangelegenheiten,
Entwicklungspolitik und Verbraucherschutz

Frau Vorsitzende Kerstin Kaiser

Im Haus

Potsdam, den 11.11.2015

**Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis90/Die Grünen „Taten statt Worte
– Lebensmittelverschwendung wirksam eindämmen!“ (Ds. 6/831)**

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

wir beantragen, den Beschluss zum oben genannten Antrag wie folgt zu fassen:

Lebensmittelverschwendung wirksam eindämmen

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. sich weiterhin auf Bundesebene für die Umsetzung der Beschlüsse des Deutschen Bundestages vom 18.10.2012 (Ds. 17/10987) und der Verbraucherschutzministerkonferenz am 8.5.2015 einzusetzen, um wirkungsvolle Maßnahmen für die gesamte Wertschöpfungskette umzusetzen. Ziel ist unter anderem die Erarbeitung einer Bundesstrategie zur Vermeidung von Lebensmittelabfällen mit verbindlichen Regelungen, die Vereinbarung von branchenspezifischen Zielmarken und die Fortsetzung und Intensivierung von Informationskampagnen inklusive Ideenwettbewerb.

2. bei der Fortschreibung der Verbraucherpolitischen Strategie des Landes Brandenburg das Thema Reduzierung von Lebensmittelverlusten aufzunehmen und konkrete Ziele und Maßnahmen zu benennen.

3. das Thema Lebensmittelverschwendung bei der Verbraucherbildung in und außerhalb der Schule stärker zu berücksichtigen und dafür konkrete Vorschläge unter Mitwirkung des Arbeitskreises Verbraucherbildung zu unterbreiten.

4. eine Arbeitsgruppe aus Vertretern von Schulträgern, Unternehmensverbänden und Verbraucherverbänden einzurichten, um Maßnahmen gegen Lebensmittelverluste bei der Schulverpflegung zu erarbeiten und ihre Umsetzung zu befördern.

5. bei öffentlichen Ausschreibungen des Landes für Catering den sparsamen Umgang mit Lebensmitteln zu berücksichtigen.

6. die regionale Verarbeitung und Vermarktung konventionell und ökologisch hergestellter Agrarprodukte stärker als bislang zu unterstützen.

Dem zuständigen Fachausschuss soll im 1. Quartal 2017 zum Stand der Umsetzung berichtet werden.

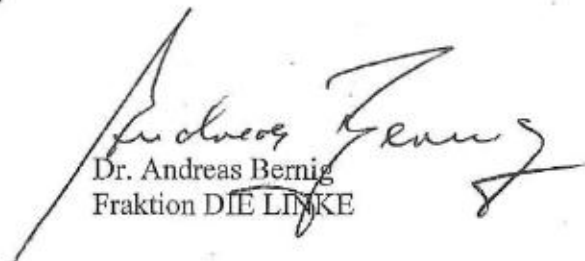
Begründung:

Gegen die Verschwendung von Lebensmitteln ist in unserer Gesellschaft wirkungsvoll vorzugehen. Dafür müssen wirksame Maßnahmen im gesamten Bereich der Wertschöpfungskette vom Erzeuger, Handel und Verbraucher weiterentwickelt und umgesetzt werden. Gezielte Aufklärungs- und Bildungsmaßnahmen der Verbraucherinnen und Verbraucher zum sorgsamem Umgang mit Lebensmitteln sind weiterhin erforderlich und insbesondere in der schulischen Bildung fortzuführen und zu entwickeln.

Der Bundestag und die Verbraucherschutzministerkonferenz haben bereits umfassende Beschlüsse für Maßnahmen gegen Lebensmittelverluste gefasst. Die Problematik tritt bundesweit einheitlich auf und viele Akteure sind bundesweit tätig. Das Land Brandenburg sollte seine Handlungsmöglichkeiten nutzen, ohne Parallelstrukturen aufzubauen. Handlungsmöglichkeiten bestehen vor allem bei der Intensivierung der Verbraucherbildung und bei der Unterstützung von Versorgern für Schulen und andere öffentliche Einrichtungen zur Vermeidung von Lebensmittelverlusten.



Tina Fischer
SPD-Fraktion



Dr. Andreas Bernig
Fraktion DIE LINKE



Barbara Richstein
CDU-Fraktion



Michael Jungclaus
Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN